



Pressemitteilung

Seit Corona sind die Menschen im Rhein-Main-Gebiet noch zufriedener mit dem Gesundheitswesen

- Offenheit gegenüber digitalen Gesundheitsanwendungen weiter gestiegen
- Vor allem Ältere sehen Digitalisierung positiv
- Trotz drohender Finanzlücke wenig Bereitschaft für grundlegende Veränderungen im Gesundheitssystem

Frankfurt am Main, 21. September 2021. Die Zufriedenheit der Menschen im Rhein-Main-Gebiet mit dem Gesundheitswesen ist seit Pandemiebeginn gestiegen. Die medizinische, pflegerische und therapeutische Qualität wird von den Bürgerinnen und Bürgern durchgängig besser bewertet als vor Corona. Das zeigt eine aktuelle Befragung von 1.000 Erwachsenen ab 18 Jahren im Rhein-Main-Gebiet im Auftrag der gesundheitswirtschaft rhein-main e.V. (gwrM). Es handelt sich um die mittlerweile vierte Umfrage des Vereins. Hausarzt- und Facharztpraxen erhielten von den Befragten mit 2,3 beziehungsweise 2,4 die besten Schulnoten; dicht gefolgt von den Krankenhäusern mit der Note 2,5. Im Vergleich zur Umfrage im Vor-Corona-Jahr 2019 konnten die Einrichtungen damit ihre Noten verbessern: Die Hausärztinnen und Hausärzte um 0,1, die Fachärztinnen und Fachärzte um 0,2 und die Kliniken sogar um 0,3. Auch die Qualität der ambulanten Pflegedienste und stationären Pflegeheime werden von den Menschen im Rhein-Main-Gebiet seit Pandemiebeginn besser bewertet: In der Befragung von 2019 erhielt der ambulante Pflegebereich die Note 2,8; in der aktuellen 2,7. Noch stärker ist die Note der stationären Pflegeheime gestiegen: Von 3,3 auf 3,0. "Unsere Umfrage bestätigt, dass sich die Menschen im Rhein-Main-Gebiet in den vergangenen eineinhalb Jahren intensiv mit dem Gesundheitssystem auseinandergesetzt haben. Dass sie dabei so zufrieden mit den Einrichtungen des Gesundheitswesens zu sein scheinen, ist sehr zu begrüßen", so Stefan Grüttner, Vorstand der gwrM.

Die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit dem Gesundheitssystem geht dabei sogar so weit, dass es in der Bevölkerung kaum Bereitschaft für grundlegende Veränderungen in diesem Bereich gibt. "In den kommenden Jahren steht das Gesundheitswesen vor enormen finanziellen Herausforderungen. Wir wollten daher in der aktuellen Umfrage von den Menschen im Rhein-Main-Gebiet wissen, an welchen Stellschrauben sie drehen würden, um

die Finanzierungslücke im Gesundheitssystem möglichst gering zu halten", erklärt Grüttner. Das Antwortverhalten war eindeutig: 85 Prozent der Befragten sprachen sich für eine stärkere staatliche Kontrolle der Arzneimittelpreise aus und 82 Prozent für einen höheren Steuerzuschuss in den Gesundheitsfonds. "Andere Maßnahmen, die grundlegender in das Leistungsspektrum der gesetzlichen Krankenkassen eingreifen oder mit einer stärkeren finanziellen Belastung der Versicherten einhergehen, wurden hingegen mehrheitlich abgelehnt", erklärt Grüttner. So wären nur zehn Prozent der Befragten bereit, höhere Krankenkassenbeiträge zu akzeptieren. Neun Prozent der Bürgerinnen und Bürger würden sich für die Wiedereinführung der Praxisgebühr aussprechen oder Einschränkungen bei der freien Arztwahl hinnehmen. Nur 12 Prozent könnten sich für die Gestaltung effizienterer Strukturen, wie zum Beispiel durch die Schließung kleinerer Krankenhäuser, begeistern.

Ein Ergebnis, was fast schon zu erwarten war: In den vergangenen eineinhalb Jahren - also seit Pandemiebeginn - haben digitale Versorgungsangebote deutlich an Akzeptanz gewonnen. Während 2019 noch jeder/jede zweite Befragte die Videosprechstunde als nützlich erachtet hatte, waren es in der aktuellen Umfrage 67 Prozent. Bei den digitalen Therapieangeboten ist die Zustimmungsrate von 66 auf 72 Prozent gestiegen und bei der Nutzung von Apps oder Wearables zur Kontrolle von Körperfunktionen wie Puls, Blutdruck und Körpertemperatur von 70 auf 74 Prozent. "Überrascht hat uns die Tatsache, dass die Akzeptanz digitaler Anwendungen insbesondere bei der älteren Generation enorm hoch ist", so Grüttner. Die elektronische Patientenakte beispielsweise werde von 90 Prozent aller Ü-60-Jährigen begrüßt. "Dieser Zustimmungswert bei den Seniorinnen und Senioren liegt damit sogar um 10 Prozent höher als bei den 18- bis 29-Jährigen." Ähnlich sieht es beim Wunsch aus, mit Ärztinnen und Ärzten oder Krankenkassen digital in den Austausch zu treten: Während sich 85 Prozent der Ü-60-Jährigen dies vorstellen können, sind es bei den 18 bis 29-Jährigen "nur" 79 Prozent. "Das Argument, dass die ältere Generation bei der Digitalisierung abhängt werden könnte, hat als Begründung gegen den technologischen Fortschritt also ausgedient", erklärt Grüttner.

Über die gesundheitswirtschaft rhein-main e.V. (gwrn):

Die gesundheitswirtschaft rhein-main e.V. verknüpft seit September 2006 das Potenzial der Gesundheitswirtschaft mit den wirtschaftlichen Stärken der Region und ist die Stimme der Gesundheitswirtschaft der Region. Wir vernetzen die Akteure, um den Dialog zu verbessern, die Kooperation zu stärken und innovationsfördernde Rahmenbedingungen zu schaffen. Zu unseren rund 200 Mitgliedern gehören Krankenhäuser, Ärzte, Unternehmen der Branchen Pharma, Medizintechnik und Biotechnologie, Versicherungen, Beratungsunternehmen, Verbände, Kammern, Kommunen, Forschungseinrichtungen sowie Politiker.
www.gesundheitswirtschaft-rhein-main.de

Pressekontakt:

Geschäftsstelle der gesundheits-wirtschaft rhein-main e. v.
c/o BCNP Consultants GmbH
Varrentrappstraße 40-42
60486 Frankfurt am Mai
Tel. +49 (0) 69 60329021
info@gesundheitswirtschaft-rhein-main.de